



■■■ MITTEILUNGEN FÜR DEN KREIS

24. November 2008

Mechthild Rawert

Wahlkreisbüro:

Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin

Tel: 720 13 884, Fax: 720 13 994

eMail:mechthild.rawert@wk.bundestag.de

www.mechthild-rawert.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

dieser Monat ist geprägt von Jahrestagen: **90 Jahre Wahlrecht für Frauen, 70. Jahrestag der Reichspogromnacht und der 19. Tag des Mauerfalls**. Und jedem dieser Ereignisse gebührt das angemessene Gedenken und Erinnern. Mich beeindruckt die Vielfalt der Erinnerungs- und Mahnveranstaltungen anlässlich der Pogromnacht sehr. Ich unterstütze die von Klaus Wowereit im Jüdischen Gemeindehaus am 09. November erneut vorgetragene Forderung nach einem **Verbot der NPD** nachdrücklich. Aus meiner Sicht gibt es grundsätzlich nur zwei Varianten: Entweder ist die NPD eine verfassungsfeindliche, gewaltfördernde und kriminelle Organisation, dann muss sie verboten werden. Wenn sie nicht verboten wird, dann muss die Demokratie sie aushalten - trotz aller Widerwärtigkeit. Versuche des niedersächsischen Innenministers, einen Weg via Entzug der Parteienfinanzierung darunter, dazwischen, darüber zu finden, halte ich nicht für tauglich. Gerade bei dieser grundlegenden Frage ist der Versuch des sich Durchwurstelns nicht der richtige.

Größte Aufmerksamkeit erreichte das Gesetzgebungsverfahren zum sog. **BKA-Gesetz**, dem Gesetz zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt. Ich habe diesem Gesetzesentwurf **nicht zugestimmt**. Das nicht ausreichend umgesetzte Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdienst, die Möglichkeit, dass unbeteiligte Dritte als „Kontaktpersonen“ eines Verdächtigen in das Fadenkreuz der Ermittlungsbehörden geraten können, sind allein schon gewichtige Gründe. Ich anerkenne aber, dass die SPD-Fraktion gegen massiven Widerstand der Union erfolgreich eine Evaluierung und Befristung durchgesetzt hat.

Schwerwiegender sind für mich die Regularien zur so genannten **Online-Durchsuchung** und die **Einschränkung der Zeugnisverweigerungsrechte**. Das Bundesverfassungsgericht hatte mit seiner Entscheidung zum Nordrhein-Westfälischen Verfassungsschutzgesetz der Ausforschung der digitalen Privatsphäre enge Grenzen gesetzt. Schäubles Gesetzesentwurf hingegen sieht Ausnahmefälle vor, bei denen es keine richterliche Anordnung geben muss, sondern eine Anordnung durch den BKA-Präsidenten ausreichen soll. Das Bundesverfassungsgericht hat auch den Kernbereich privater Lebensführung mit einem neuen, aus der Verfassung - speziell dem Allgemeinen Persönlichkeitsrecht - hergeleiteten Grundrecht geschützt. Es ist nicht nachvollziehbar, warum gerade dieser Schutz des Kernbereiches der privaten Lebensführung „nur“ behördenintern - also durch den Datenschutzbeauftragten des BKA - sichergestellt werden soll. Weiterhin bin ich der Meinung, dass es Instanzen in dieser Gesellschaft geben muss, die im rechtsstaatlichen Rahmen ein Zeugnisverweigerungsrecht haben müssen. Hierzu gehören u.a. auch MedizinerInnen und JournalistInnen. Zu unseren sozialdemokratischen Grundwerten gehört die Freiheit: Wir müssen uns für BürgerInnenrechte stark machen.

Außer mir haben 19 weitere SPD-Fraktionsmitglieder mit „Nein“ gestimmt und sechs haben sich enthalten. Die Innenministerkonferenz hat deutlich gemacht: Einige Länder - auch Berlin -

sind mit dem vorliegenden Entwurf mitnichten einverstanden! Die Anrufung des Vermittlungsausschusses gilt als sicher. Den Vorstoß von Bundesinnenminister Schäuble zur **Veränderung der Wertung von Stimmen im Bundesrat** halte ich derzeit für völlig verfehlt und ich sage ein Scheitern voraus.

Mich berühren zwei aktuelle Diskussionen sehr: Zum einen die parlamentarischen Beratungen anhand der **drei vorliegenden Gesetzentwürfe zur Patientenverfügung**, die wir in den kommenden Wochen weiter intensiv beraten werden. Wir wollen die Verbindlichkeit der Patientenverfügung regeln und damit dem Selbstbestimmungsrecht bis zum Tode einen gesetzlichen Rahmen geben. Mir ist sehr bewusst, dass niemand - selbst nach bester Beratung und einem intensivem Austausch mit der Familie, mit FreundInnen - alle Formen einer Patientenverfügung voraus denken kann. Auch deshalb ist es mir sehr wichtig, dass die spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV), die wir mit der Gesundheitsreform 2007 zur Leistung der gesetzlichen Krankenkassen gemacht haben, offensiver umgesetzt wird. Bei der palliativmedizinischen und hospizlichen Versorgung fehlt es in der Praxis noch an qualitativ tragfähigen Vernetzungsstrukturen. Ich lade alle Interessierten zu einer **Fraktion vor Ort-Veranstaltung der Berliner Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion am 17. Dezember, 19.00 Uhr, ins Jakob-Kaiser-Haus** ein. Nähere Informationen zur Anmeldung sind in einigen Tagen in meinem Wahlkreisbüro oder auf meiner Website erhältlich. Als SPD-Bundestagsfraktion haben wir über neue gesetzliche Regelungen zu **Spätabtreibungen** intensiv diskutiert und uns klar positioniert: Wir stehen für wirksame Hilfen in Schwangerschaftskonflikten, bessere Unterstützung für ein Leben mit einem behinderten Kind und die Würde der Frau. Dies ist mit dem Unionsvorstoß unvereinbar und lehnen ihn daher mit breiter Mehrheit ab.

Ich unterstütze das von der Regierung und den Koalitionsfraktionen auf den Weg gebrachte **Investitions- und Beschäftigungspaket** - lassen wir die Regelungen zur Kfz-Steuer mal beiseite.

Für mich ist es **zwingend, dass wir unser Steuergeld verstärkt in nachhaltige Zukunftsinvestitionen wie Bildung, Forschung, Klimaschutz oder Gesundheit investieren**. Ich begrüße die Haushaltsaufstockung von 124 Millionen Euro für Bildung und Forschung in 2009. Ich begrüße, dass der Haushalt des Familienministeriums erhöht wird. Diese Mehrausgaben sind vor allem auf das von uns SozialdemokratInnen - unseren Ministerinnen Christine Bergmann und Renate Schmidt - eingeführtem Elterngeld zurückzuführen. Ich begrüße, dass der Verkehrs-Etat aufgestockt wird, damit Maßnahmen der energetischen Gebäudesanierung und Investitionen in Schienenwege und Straßen ausgebaut werden. Ich glaube nicht, dass wir allen in Schwierigkeit steckenden Branchen mit Steuergeldern unterstützen können. Unabhängig von Opel stellt sich die Frage, ob Besitzstandswahrung von z.B. ökologisch rückschrittlichen Unternehmen zu fördern ist oder ob auf Innovation gesetzt wird. Beim Unternehmen Opel erkennen wir aber auch, wie komplex sich Sachverhalte sind, wie schwierig es ist, sie allein unter dem Kriterium Nationalstaatlichkeit zu beurteilen. Ich spreche mich für **stärkere europäische Regelungen** wie z.B. einem europäischem Finanzprodukte-TÜV, einer europaweit wirkenden Finanzaufsicht mit hohen Standards aus. Auch die Sicherung von Arbeitsplätzen muss zunehmend stärker unter einem europäischen Blickwinkel erfolgen. Daher sind unsere Positionen für ein soziales Europa, für eine starke Mitbestimmung, für einen Mindestlohn und unsere Ablehnung von Steuer- und Sozialdumpings auch so außerordentlich wichtig und richtig.

Für uns SozialdemokratInnen ist die Arbeits- und Beschäftigungssicherung ein zentrales Feld unserer politischen Identität. Es ist auch unser Erfolg, wenn im September 08 im Vergleich zum Vorjahr 586.000 Menschen mehr eine sozialversicherungspflichtige Stelle haben, wenn im Oktober 08 nachweislich 437.000 Menschen weniger erwerbslos sind. Wir wissen:

Wirtschaftliches Wachstum kommt bei Langzeitarbeitslosen, bei Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen immer zu letzt an. Es wäre fahrlässig davon auszugehen, dass die Integration einer hohen Zahl von Langzeitarbeitslosen in den regulären Arbeitsmarkt ohne stärkere strukturelle Maßnahmen gelingt. Ich begrüße die in der „**JobPerspektive**“ vorgelegten Ideen. Unbestritten ist die Notwendigkeit, die Vielzahl der arbeitsmarktlichen Instrumente zu reduzieren und den VermittlerInnen vor Ort einen größeren Entscheidungsspielraum zu geben, um so die Vermittlung von Arbeitslosen zu optimieren. Dies ist ein zentraler Inhalt des im Plenum in 1. Lesung beratenen „**Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente**“ der Bundesregierung. Die von arbeitsmarktpolitischen Trägern vorgebrachten Befürchtungen hinsichtlich einer Zerschlagung bewährter Trägerstrukturen sind m.M. nach berechtigt und werden von einigen SPD-ParlamentarierInnen geteilt. Ich unterstütze die mir am 14.11. mitgeteilten Forderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Berufliche Perspektiven für Frauen e.V. (Vgl. <http://www.bundestag.de/ausschuesse/a11/anhoerungen/kArbMarktInstr/index.html>).

Zur Entlastung von Familien haben wir mit dem **Familienleistungsgesetz** die Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge sowie die Einführung eines Schulbedarfspakets von der ersten bis zur zehnten Klasse für Kinder aus sozial schwachen Haushalten in 1. Lesung im Plenum beraten. Eine Gewährung des Pakets bis zum Abitur war gegen die Union nicht durchzusetzen. Hier zeigt sich wieder einmal, wessen Geistes Kind die ChristdemokratInnen sind: Sie trauen offensichtlich Kindern aus sozial schwachen Familien das Abitur nicht zu und sie erschweren für diese den Zugang dorthin. In der weiteren parlamentarischen Beratung werden wir uns dafür stark machen, das Schulbedarfspaket bis zum Abitur zu gewähren. Ich verhehle nicht, dass ich selber grundsätzlich dafür bin, eine allgemeine Grundsicherung für Kinder einzuführen, die unabhängig vom Einkommen der Eltern ist. Dieses wäre insbesondere für einkommensschwächere Eltern eine große Unterstützung und für die Kinder eine Einkommenssicherung.

Wie von mir prognostiziert, kommen auf die Mehrheit der über 70 Millionen gesetzlich Krankenversicherten beim Start des **Gesundheitsfonds** mindestens im nächsten Jahre **keine Zusatzbeiträge** zu. voraus. Die Allgemeinen Ortskrankenkassen mit über 25 Millionen Versicherten haben bereits erklärt, auf einen Zusatzbeitrag verzichten zu wollen. Gleiches gilt für die Ersatzkassen, Barmer, DAK, KKH und GEK mit etwa 17 Millionen Versicherten. Der Gesundheitsfonds krepelt die Finanzierung der über 200 Krankenkassen mit dem nunmehr einheitlichen Beitragssatz von 15,5 Prozent - von denen die Arbeitgeber 7,3 Prozent tragen - um. Zusammen mit den krankheitsbezogenen Finanzausgleich, dem sog. Morbi-RSA, kommt das Geld - insgesamt 166,8 Milliarden Euro - viel stärker als bisher dort an, wo es gebraucht wird: in die Kassen mit vielen einkommensschwächeren Versicherten, vielen Älteren und Kranken. So erhalten die AOK aufgrund der Änderung der Finanzströme zwischen den Kassen 2,4 Milliarden Euro mehr - **davon profitieren auch die rund 700.000 Berlinerinnen und Berliner!** Nicht der Gesundheitsfonds verhindert die von uns gewollte BürgerInnenversicherung sondern unsere fehlende politische Mehrheit. Ich kämpfe dafür!

Mit solidarischen Grüßen
Mechthild Rawert

■ ■ INFORMATIONEN AUS UND FÜR TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

■ 03.11.2008 | Tag der offenen Tür im Wahlkreisbüro

Am 3. November habe ich meinen Geburtstag mit einem „Tag der offenen Tür“ im Wahlkreisbüro gefeiert. Ich habe mich gefreut, dass viele Genossinnen und Genossen meiner Einladung gefolgt

sind und möchte mich bei allen Anwesenden und bei den telefonisch und per Post Gratulierenden für die vielen herzlichen Wünsche bedanken!

■ **04.11.08 | Fraktion vor Ort „Gesundheitsfonds 2009“**

Zusammen mit meinem Fraktionskollegen Wolfgang Thierse hatte ich zur Diskussion über den „Gesundheitsfond 2009“ in den Lette- Verein in Schöneberg geladen. Neben mir standen Ulla Schmidt, Bundesministerin für Gesundheit, sowie Werner Felder, Vorstandsvorsitzender der AOK Berlin, den rund 200 Gästen Rede und Antwort und Prof. Dr. Raimund Geene moderierte.

Mehr Qualität und Transparenz durch Gesundheitsfonds

Der Berliner AOK- Chef Felder betonte, die gegenwärtige Leistungssteigerung von bis zu 30 Prozent sei nur möglich geworden mit der Perspektive „Gesundheitsfond“. Für Rawert und Schmidt steht fest: Ergebnisse der Gesundheitsreform und der neuen krankheitsbezogenen Finanzierungsströme zwischen den Kassen sind u.a. eine größere Transparenz bei den Kassen, da diese u.a. zur Offenlegung von Preisverhandlungen und Versorgungsverträgen verpflichtet sind. Zwar führt der Beitragssatz von 15,5 Prozent für viele zu einer Erhöhung, nichts desto trotz wird das Geld nun gerechter verteilt und mit dem Gesundheitsfonds werde auch keinesfalls ein Bürokratiemonster aufgebaut. Der Anstieg der Beiträge erfolge aufgrund der Bevölkerungsentwicklung, der besseren Honorierung von ÄrztInnen sowie der Finanzierung von Krankenhäusern. Unabhängig von Alter, Geschlecht und Erkrankung sollen alle am wissenschaftlichen medizinischen und pflegerischen Fortschritt teilhaben können. Das Mehr an Transparenz sowie der einheitliche Beitragssatz tragen entscheidend zu mehr Gerechtigkeit und Solidarität bei. **In Berlin können sich die Versicherten einiger Kassen sogar auf sinkende Beiträge freuen, da hier die Beitragssätze in der Vergangenheit bundesweit mit am höchsten gewesen sind.** Auch Werner Felder betonte, dass mit zunehmender Transparenz Qualitätsunterschiede sichtbar werden würden. Dies erleichtere es vielen Versicherten, so Schmidt, von ihrem nun gesetzlich geregelten Wechselrecht Gebrauch zu machen.

■ **15.11.2008 | HIV-Präventionsfortbildung für PolitikerInnen - Berliner Aids-Hilfe e.V.**

Am 1. Dezember ist erneut der Welt-AIDS-Tag. Leider verliert HIV/AIDS gerade bei Jugendlichen an Interesse. Seit 2001 haben die Zahlen der Neuinfektionen in Deutschland um 50% zugenommen, insbesondere bei Jugendlichen, bei Frauen und bei Männern im sog. besten Alter. Weltweit gibt es Millionen AIDS-Waise. Forschungserfolge verlängern das Leben von HIV-positiven Menschen zwar, die Lebensqualität ist aber zumeist eingeschränkt. Viele sterben heute an den Nebenwirkungen der Medikamente, z.B. Nierenversagen. Es gilt also zu handeln: Schoolworker der Berliner Aids-Hilfe hatten zusammen mit „Schule ohne Rassismus-Schule mit Courage“ die Idee, PolitikerInnen fortzubilden, damit diese am Welt-AIDS-Tag als MahnerInnen aufklärend wirken können. Zwei Schulklassen der Rheingau-Oberschule, Friedenau, haben mich „angefordert“ und ich freue mich auf die Diskussionen mit den Jugendlichen.

■ **15.11.2008 | Flüchtlingspolitik - Juso-Bundeskonferenz**

Zusammen mit Franziska Drohsel, Juso-Bundesvorsitzende, und Marei Pelzer, Pro Asyl, habe ich als Mitglied der AG Migration der SPD-Bundestagsfraktion und als eine derjenigen, die den Änderungen zum Aufenthalts- und Asylrecht 2007 nicht zugestimmt hat auf diesem Perspektivwochenendes des Juso-Bundesverbandes über die Themen Flüchtlingspolitik und „Festung Europa“ und damit verbundene drängende sozialdemokratische Herausforderungen informiert und diskutiert. Migration ist in allen Industriestaaten eine feste Größe und Deutschland ist ein Einwanderungsland. Von mir kritisiert wurde unsere augenblickliche rechtliche Situation: Streng genommen gilt als Rechtsgrundlage immer noch der Anwerbestop von 1970 und wir laborieren an diesem mittels „Verbesserungen durch Ausnahmen“ und aufgrund europäischer Richtlinien rum. Eine moderne europäische Migrationspolitik ist von einer offenen Integrationspolitik aus meiner Sicht nicht zu trennen. Gleiches gilt für die Vermeidung illegaler Zuwanderung durch Ausbau und Stärkung der legalen Einwanderung; für den Zusammenhang von

Maßnahmen europäischer, deutscher Migrationspolitik mit Maßnahmen der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit in den Entwicklungs- und Schwellenländern.

■ **18.11.2008 | Nominierung in Mariendorf: Überwältigende Mehrheit für Mechthild**

Die Mitglieder der Abteilung Mariendorf haben mich mit überwältigender Mehrheit den Delegierten der Wahlkreis-Konferenz Tempelhof-Schöneberg am 28. Februar 09 als Tempelhof-Schöneberger Direktkandidatin für die Bundestagswahl vorgeschlagen. Bei einer Enthaltung votierten alle übrigen Mitglieder für Mechthild Rawert. Ich bedanke mich sehr für das Vertrauen in die geleistete und noch zu leistende politische Arbeit.

■ **19.11.2008 | Pflege geht uns alle an!**

Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. hatte mich als Referentin zum Thema „Pflege geht uns alle an“ eingeladen. 1995 wurde die gesetzliche Pflegeversicherung eingeführt. Mittlerweile erhalten über zwei Millionen Pflegebedürftige jeden Monat Pflegeleistungen. Die Pflegeversicherung ist die solidarische Absicherung des Lebensrisikos Pflegebedürftigkeit. Sie hat viele Menschen vor der Abhängigkeit von der Sozialhilfe bewahrt.

Doch die Pflege steht vor neuen Herausforderungen: Durch den demographischen Wandel wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen stark erhöhen. Außerdem wandelt sich der Hilfebedarf, da die Menschen immer älter werden und neben den altersbedingten körperlichen Gebrechen auch noch eine Anstiegsrate bei den Demenzerkrankungen zu erwarten ist. Der notwendige Wandel in der Pflege ist aber auch eine Chance, um die Situation der pflegebedürftigen Menschen und die Arbeitssituation der pflegenden Angehörigen sowie der Pflegekräfte zu verbessern - und damit insgesamt die Lebenssituation von Frauen! So der Tenor der gut zweistündigen Diskussionsveranstaltung mit zahlreichen Expertinnen.

■ **20.11.2008 | Bundesweiter Vorlesetag in Friedenau**

Auf Einladung von friedenau.integrativ.e.v haben zahlreiche Mitglieder des Vereins Geschichten vorgelesen und sich damit vor Ort am bundesweiten Vorlesetag beteiligt. Die von mir ausgewählte und verlesene Geschichte drehte sich im Kern darum, warum es gut ist, dass wir alle unterschiedliche Hautfarben haben. Interessierte können die Geschichtenerzählerinnen demnächst auf der Website des Vereins noch einmal anhören.

■ **20.11.2008 | Treffen mit amerikanischen IntegrationspraktikerInnen**

Auf Einladung von Frau Gabriele Gün Tank, Integrationsbeauftragte von Tempelhof-Schöneberg,

durfte ich mit IntegrationspraktikerInnen während ihres Berlin-Tages diskutieren. 23 LehrerInnen, AnwältInnen, SozialarbeiterInnen und Community Organizer aus New York und Hamburg waren zu Gast im Reichstag. Schwerpunkt der Diskussion war die rechtliche Situation von MigrantInnen. Gefragt nach meiner Meinung hinsichtlich praktischer Integrationserfolge konnte ich auf die vielen erfolgreichen Menschen älteren und jüngeren Alters verweisen. Nicht verschwiegen habe ich aber auch die aktuellen Probleme für die Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die aus der sozialen Herkunft heraus resultieren. Nicht zu verschweigen ist auch die noch unzureichende Teilhabe von älteren MigrantInnen an der Gesundheitsversorgung und an den Pflegeangeboten. Der Besuch fand statt im Rahmen von integrationXchange, einem gemeinsamen Austauschprogramm der Körber-Stiftung und des amerikanischen Partners CDS International, gefördert durch das amerikanische Außenministerium, statt.

■ **21.11.2008 | Letzte BPA - Fahrt in diesem Jahr mit BürgerInnen aus dem Wahlkreis**

Die TeilnehmerInnen der BPA-Fahrt äußerten sich sehr begeistert u.a. über die Informationen im Auswärtigen Amt, im Europäischen Haus, im Willy-Brandt-Haus. Besonders freut mich, dass sich nun alle auf jeden Fall an der Europawahl beteiligen und auch Dritte zur Wahl

bewegen wollen. „Ich habe heute gelernt, warum ein soziales Europa für uns alle wichtig ist“ - ich finde, ein sehr gutes Ergebnis attraktiv aufbereiteter Bildung!

■ ■ INFORMATIONEN AUS DEM BUNDESTAG

■ Krankenhausfinanzierungsgesetz

Am 12. November 2008 hat der Bundestag in 1. Lesung den Regierungsentwurf zur Reform des Gesetzes zum ordnungspolitischen Rahmen der Krankenhausfinanzierung ab dem Jahr 2009 (Krankenhausfinanzierungsreformgesetz - KHRG) (Drs. 16/10807) beraten.

Handlungsbedarf: die wirtschaftliche Situation vieler Krankenhäuser

Die wirtschaftliche Situation vieler Krankenhäuser ist schwieriger geworden. Wichtige Gründe dafür sind die gestiegenen Personal- und Sachkosten. Diese können nach geltendem Recht der Krankenhausfinanzierung nicht auf die von den gesetzlichen Krankenkassen finanzierten Fallpauschalen umgelegt werden. Außerdem zahlen Krankenhäuser notwendige Investitionen, die in der Verantwortung der Bundesländer liegen, entgegen der Zweckbindung mit Geldern, die eigentlich zur Versorgung der Patienten bestimmt sind. Beides führt zum Abbau von Pflegepersonal, zur Überlastung des bestehenden Personals, und zu einer Gefährdung der Qualität der Versorgung.

Die Kernaussage des Gesetzes

Der Gesetzentwurf gibt die Rahmenbedingungen der Krankenhausfinanzierung ab 2009 vor. Er enthält strukturelle Reformen der Investitionsfinanzierung und stellt zusätzliche Mittel zur Bezahlung der Pflegekräfte und zu ihrer Neueinstellung bereit.

Finanzierung von Tarifsteigerungen

Nach bereits geltendem Recht dürfen die Preise für Krankenhausleistungen nur analog zur den Krankenkasseneinnahmen steigen (Grundlohnbindung). Durch die Tarifierhöhungen steigen die Kosten der Krankenhäuser jedoch wesentlich stärker. Deshalb sieht das Gesetz vor, dass die Preissteigerungen, die nicht über die geltende Regelung abgegolten werden, zur Hälfte von den Krankenkassen finanziert werden. Dadurch verringert sich der Kostendruck auf die Krankenhäuser und verhindert weitere übermäßige Arbeitsverdichtungen.

Förderung von 21.000 Stellen im Pflegedienst

Außerdem wird zur Verbesserung der Situation des Pflegepersonals in Krankenhäusern ein Förderprogramm eingeführt. Dadurch werden in drei Jahren bis zu 21.000 zusätzliche Stellen im Pflegedienst zu 70 Prozent anteilig durch die Krankenkassen finanziert. Zusätzlich wird der Sparbeitrag der Krankenhäuser in Form des Rechnungsabschlags von 0,5 Prozent bei gesetzlich versicherten Patientinnen und Patienten ab 1. Januar 2009 aufgehoben.

Weitere Inhalte:

- Aufhebung der Grundlohnbindung nach Entwicklung eines neuen Orientierungswertes
- Verbesserte Finanzierung der Psychiatrie
- Einführung eines bundesweiten Basisfallkorridors
- Entwicklungsauftrag für leistungsorientierte Investitionspauschalen

■ Verlängerung des OEF-Mandates

Der Bundestag hat am 13. November die Verlängerung der deutschen Beteiligung an der OEF-Mission (Operation Enduring Freedom) sowie der Mission Operation Active Endeavor (OAE) beschlossen: Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf

Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (Drs. 16/10720, 16/10824).

Der Bundestag unterstützt mit dem deutschen Einsatz auch weiterhin die beiden Missionen, die Reaktionen auf die terroristischen Angriffe gegen die USA im Jahr 2001 sind. Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus dauert nach wie vor an. Daher ist auch weiterhin der Einsatz der internationalen Gemeinschaft erforderlich. Das entsprechende Mandat der deutschen Beteiligung wurde auf 13 Monate, also bis zum 15. Dezember 2008 verlängert. Über einen weiteren Einsatz wird dann der neue Bundestag entscheiden.

In Zukunft wird auf die Bereitstellung der 100 Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) im Rahmen von OEF verzichtet. Das heißt, dass sich im Rahmen der OEF-Mission keine deutschen Soldaten mehr auf afghanischem Boden befinden werden. Der deutsche Schwerpunkt der Beteiligung in Afghanistan liegt ausschließlich auf der ISAF-Mission.

Die Bundesmarine ist im Rahmen des OEF-Mandates am Horn von Afrika sowie angrenzender Seegebiete eingesetzt. Auch im Mittelmeer ist die deutsche Marine aktiv, dort im Rahmen der OAE. Künftig wird die Obergrenze des deutschen Personals für beide Missionen von 1.400 auf höchstens 800 abgesenkt.

■ **Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes**

Am 13. November hat der Deutsche Bundestag in 2./3. Lesung den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU/CSU für ein Gesetz zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (Drs. 16/9415, 16/10689) beschlossen.

Mit dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD werden die bisherigen Nachteile aus Wehr- und Zivildienstzeiten bei der Berechnung des einkommensabhängigen Elterngeldes ausgeglichen. Die betroffenen Monate werden, wie auch in den Fällen schwangerschaftsbedingter Erkrankung, aus dem Bemessungszeitraum herausgenommen und durch frühere Monate ersetzt.

Bei der Nutzung der Partnermonate eröffnete die bisherige Regelung unterschiedliche Gestaltungsmöglichkeiten, je nachdem, ob vor der Geburt beide Eltern oder nur ein Elternteil Erwerbseinkommen erzielt hat. Um eine intensivere Bindung des zweiten Elternteils zum Kind zu erreichen, wird nunmehr eine einheitliche Mindestbezugsdauer von zwei Monaten für alle Eltern eingeführt, die Elterngeld in Anspruch nehmen. Die Gesetzentwürfe sehen weiterhin eine Flexibilisierung des Antrags auf Elterngeld vor. Bisher war nur eine einmalige Änderung des Elterngeldantrags in besonderen Härtefällen möglich.

Neu eingeführt wird in bestimmten Fällen ein Anspruch von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gegenüber ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern auf Elternzeit für die Betreuung ihrer Enkelkinder. Damit sollen minderjährige bzw. junge volljährige Eltern in der Ausbildung darin unterstützt werden, ihre begonnene schulische beziehungsweise berufliche Ausbildung ohne erhebliche Verzögerung zu beenden.

Die Fraktion der SPD befürwortet die zweimonatige Mindestbezugsdauer des Elterngeldes, denn betroffene Väter hatten vorgetragen, dass es mitunter schwierig sei, zwei Monate Elternzeit im Betrieb durchzusetzen. Deswegen soll mit der nunmehr vorgesehenen Regelung den jungen Eltern der Rücken gegenüber ihren Arbeitgebern gestärkt werden. Dies ist ebenso wie die Großelternzeit und die Flexibilisierung der Antragstellung eine wichtige Unterstützung für junge Eltern in schwierigen Situationen.

■ Familienleistungsgesetz

Der Bundestag hat am 13. November in 1. Lesung den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen (Familienleistungsgesetz - FamLeistG) (Drs. 16/10809) beraten.

Mehr Kindergeld

Das Familienleistungsgesetz entlastet Familien direkt durch die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages. Das Kindergeld für das erste und zweite Kind soll von 154 Euro auf 164 Euro pro Monat angehoben werden. Wäre es nach der SPD-Bundestagsfraktion gegangen, dann wären 16 Euro mehr Kindergeld pro Kind und Monat für alle Familien möglich gewesen. Aber die Union wollte die Kinderfreibeträge nicht umgestalten. Sie wollte unbedingt an der steuerlichen Zusatzförderung der 10 Prozent der bestverdienenden Familien festhalten. Und die profitieren bereits heute monatlich von bis zu 230 Euro monatlich. 16 Euro Kindergeld zusätzlich gibt es vorerst nur für die wenigen Familien mit dritten und weiteren Kindern. Denn für das dritte Kind wird das Kindergeld von 154 Euro auf 170 Euro, für das vierte und weitere Kind von 179 Euro auf 195 Euro erhöht werden. Das ist zwar besser als nichts, aber mit dem Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion hätten alle Familien von der Erhöhung um 16 Euro profitiert.

Das Schulbedarfspaket

Jeweils zum Schuljahresbeginn sollen für Schülerinnen und Schüler aus Familien, die ihren Lebensunterhalt nicht oder nicht vollständig aus eigenen Kräften und Mitteln bestreiten können, zusätzlich 100 Euro gezahlt werden. Allerdings nur von Klasse eins bis Klasse zehn. Die Zahlung bis zum Abitur, wie es die SPD-Bundestagsfraktion vorgesehen hatte, war mit der Union nicht zu machen. Sie gibt damit das fatale Signal, dass Kindern aus sozial schwachen Haushalten der Weg zum Abitur nicht zugetraut wird. Und noch schlimmer, die Union erschwert ihn sogar für diese Kinder und zementiert damit einmal mehr die soziale Auslese des deutschen Bildungssystems. Die SPD-Bundestagsfraktion will bessere Bildungschancen für alle Kinder - unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern. Und das heißt: Das Schulbedarfspaket bis zum Abitur zu gewähren. Deshalb werden sich die SozialdemokratInnen in den parlamentarischen Beratungen dafür einsetzen, dass die CDU/CSU-Fraktion ihren Widerstand aufgibt.

Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienstleistungen

Darüber hinaus ist vorgesehen, die steuerliche Absetzbarkeit der Beschäftigung von Haushaltshilfen, für die Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden, sowie für haushaltsnahe Dienstleistungen einschließlich Pflege und Betreuung zu verbessern. Absetzbar sollen einheitlich 20 Prozent der Aufwendungen von bis zu 20.000 Euro, höchstens aber 4.000 Euro pro Jahr sein. Geplant ist zudem, die Steuerermäßigung für die Beschäftigung von Minijobbern auf 20 Prozent der Aufwendungen von bis zu 2.550 Euro, höchstens aber 510 Euro pro Jahr, festzusetzen. Das Gesetz ist den Angaben zufolge mit jährlichen Mehrausgaben von 2,24 Milliarden Euro verbunden.

■ Reform des Berufsbeamtentums

Mit der Reform des Berufsbeamtentums schaffen wir ein modernes, transparentes Bundesbeamtenrecht. Der Deutsche Bundestag hat dazu das Dienstrechtsneuordnungsgesetz (Drs. 16/7076, 16/7440) in 2./3. Lesung beschlossen.

Die Regelungen für Status, Besoldung und Versorgung der Beamten, Richter und Soldaten im Bereich des Bundes werden neu gefasst. BewerberInnen mit langjähriger geeigneter Berufserfahrung außerhalb des öffentlichen Dienstes können künftig in einem höheren Amt als dem Eingangsamt eingestellt werden. Für alle Laufbahnen gelten einheitliche Probezeiten von

drei Jahren. Die Anforderungen an die Bewährung in der Probezeit werden stärker am Leistungsprinzip ausgerichtet. Das Laufbahnrecht wird reformiert und modernisiert. Die Grundgehaltstabellen werden ebenfalls neu gestaltet. Die Gehaltsentwicklung orientiert sich künftig nicht mehr am Besoldungsdienstalter, sondern an der dienstlichen Erfahrung. Einkommenseinbußen sind damit nicht verbunden.

Regeln zur Mitnahmefähigkeit der Versorgung ähnlich der Unverfallbarkeit von Betriebsrenten konnten noch nicht getroffen werden, jedoch ist die Bundesregierung aufgefordert, bis zum 31. Januar 2009 ein Regelungskonzept vorzulegen. Wie in der gesetzlichen Rentenversicherung heben wir das Pensionseintrittsalter der BeamtInnen schrittweise auf 67 Jahre an. Vorgesehen ist eine stufenweise Anhebung der Regelaltersgrenze und der besonderen Altersgrenzen. Die Berücksichtigung von Ausbildungszeiten als ruhegehaltfähiger Dienstzeit wird begrenzt. **Am Widerstand der Union scheiterte leider die Gleichstellung von Lebenspartnern.** Wir hoffen aber, dass diese in absehbarer Zeit vom Europäischen Gerichtshof erzwungen wird, weil der geltende Rechtszustand gegen europäisches Recht verstößt.

■ ■ **AUSBLICK AUF DIE KOMMENDEN VIER WOCHEN**

- 25.11.08** Podium: Strategien der Gesundheitsförderung und Prävention bei Menschen mit Migrationshintergrund - Friedrich-Ebert-Stiftung
- 26.11.08** Referentin: Wirkungen des Gesundheitsfonds - AOK-Personalversammlung
- 28.11.08** Grußwort und Workshop: „Was stärkt die Anti-Diskriminierungsarbeit an Berliner Schulen?“ zum 6. Jahrestreffen der Berliner Schulen ohne Rassismus-Schulen mit Courage - Rathaus Schöneberg
- 28.11.08** Licht-an-Feier: Festliche Illumination des Weihnachtsbaums auf dem Breslauer Platz und der Schwippbögen in den Fenstern des Rathauses Friedenau
- 29.11.08** Schirmfrauschaft und Rede: 5. Gesundheitstag zu Gefäßerkrankungen, Prävention und Therapiemöglichkeiten bei Gefäßerkrankungen - Urania
- 30.11.08** Adventliche Dampferfahrt organisiert von der AWO Friedenau
- 01.12.08** Welt-Aids-Tag: Diskussion mit SchülerInnen - Rheingau-Oberschule
- 04./ 5.12.08** Podien: „Soziallagenbezogene Prävention“ und „Gesundheitspolitik in Deutschland“ im Rahmen des 14. Kongress Armut und Gesundheit „Gerechtigkeit schafft mehr Gesundheit für Alle“ - Rathaus Schöneberg
- 06.12.08** Nikolausaktion im Kinderhaus Tannenhof, Lichtenrade
- 11.12.08** Kanzelrede: „Was mich treibt“ - Zwölf-Apostel-Kirche Berlin, Schöneberg
- 12.12.08** Weihnachtsfeier des Technischen Hilfswerks Tempelhof-Schöneberg
- 14.12.08** Friedenauer Engelmarkt - Breslauer Platz
- 17.12.08** Fraktion von Ort-Veranstaltung: Patientenverfügung - Jakob-Kaiser-Haus
- 19.12.08** Weihnachtsfeier des Wahlkreis- und Bundestagsbüro

■ ■ **Kontakt und Impressum**

Mechthild Rawert, MdB, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Straße 86, 12099 Berlin
Tel: 030/720 13 884, Fax: 030/720 13 994, eMail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de

■ **WEBSITE:** www.mechthild-rawert.de